

Le [commentaire d'origine](#) publié sur le site Internet de l'hebdomadaire allemand FOCUS Online (22 septembre 2019)



ONLINE FOCUS

Politik Finanzen Regional Perspektiven Wissen Gesundheit Kultur Panorama Sport Digital

Nachrichten > Politik > Gastautoren > Boris Johnson: EU-Experte: Warum Brexit-Boris nie ans Ziel gelangen wird

Gastbeitrag von Klemens Joos

EU-Experte legt sich fest: Warum Brexit-Boris nie ans Ziel gelangen wird

Teilen Pocket



Boris Johnson, Premierminister von Großbritannien

Daniel Leal-Olivas/PA Wirephoto

FOCUS-Online-Gastautor **Klemens Joos**

Sonntag, 22.09.2019, 19:02

Obwohl der größte Brexit-Teiler von allen, Boris Johnson, inzwischen als Premierminister die Geschicke des Vereinigten Königreichs lenkt, klappt es mit dem Brexit genau so wenig wie unter seiner Vorgängerin Theresa May. Denn nach Überzeugung des FOCUS-Online-Gastautors Dr. Klemens Joos, EU-Experte an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München, kann es einen vertraglich geregelten Brexit gar nicht geben.

Wenn jemand sich die berechtigte Frage stellt, warum das Vereinigte Königreich auch im vierten Jahr nach dem Austrittsreferendum den Brexit einfach nicht hinbekommt, dann lohnt ein Blick auf den eigenen Reisepass. Dort steht in goldenen Lettern auf dem bordauxvioletten Einband „EUROPÄISCHE UNION“ und erst dann Bundesrepublik Deutschland. Den Zusatz Europäische Union haben nicht alle EU-Mitgliedstaaten übernommen, aber den einheitlich gestalteten Reisepass inzwischen fast alle, um so das Gemeinschaftsgefühl der EU-Bürger nachdrücklich zu stärken.

Noch mehr lohnt sich ein Blick in den Vertrag von Lissabon von 2009, der eine derartige Vertiefung und engere Verzahnung der EU-Mitgliedstaaten mit sich brachte, dass man ihn mit Fug und Recht als die Geburtsstunde der 1946 von Winston Churchill in Zürich postulierten „Vereinigten Staaten von Europa“ bewerten muss.

Durch dieses große Vertragswerk, das den Rang einer europäischen Verfassung für sich in Anspruch nehmen kann, sind heute alle EU-Staaten so tiefgreifend miteinander verwoben, dass keiner sich einen Bruch mit der EU leisten könnte. Denn mit dessen Ratifizierung wurde ein großer Teil ihrer mitgliedstaatlichen Souveränität den Institutionen der EU übertragen und damit Macht abgegeben.



Dr. Klemens Joos, EU-Experte und LMU-Lehrbeauftragter

Marek Vogel 2018

Über den Gastautor

Dr. Klemens Joos ist Lehrbeauftragter an der Fakultät für Betriebswirtschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität **München**. Joos ist zudem Gründer und Geschäftsführer der international tätigen Münchner EU Politik- und Unternehmensberatung EUTOP.

Brexit ist praktisch undenkbar

Auf Grundlage dieser Analyse habe ich mich bereits im November 2015 **Im FOCUS** festgelegt: „Nach dem EU-Vertrag könnte jedes Mitglied freiwillig aus der EU ausscheiden. Praktisch ist das aber nicht mehr denkbar.“

Das war im Übrigen sieben Monate vor dem unheilvollen Referendum im Vereinigten Königreich am 23. Juni 2016 über einen Austritt aus der EU. Premier David Cameron hatte es drei Jahre zuvor angekündigt, nur einen Tag danach gab er seinen Rücktritt bekannt. Wiederum drei Jahre später und nach einer endlosen Reihe gescheiterter Brexit-Verhandlungen zwischen London und Brüssel kapituliert Camerons Nachfolgerin in Downing Street Nr. 10, Theresa May. Und der amtierende Premierminister Boris Johnson, der sich als unerbittlicher Vollstrecker eines No-Deal-Brexit geriert und massive Schäden für das eigene Land in Kauf nimmt, könnte schon bald das nächste Opfer werden.

Auf Winston Churchill, der in Zürich die Vision eines vereinten **Europas** zu einem Zeitpunkt ausbreitete, als der Kontinent noch in Schutt und Asche des Zweiten Weltkriegs lag, kann Johnson sich bei seinem brachialen Brexit-Kurs auf keinen Fall berufen.

EU wird für Brexit Grundfreiheiten unter keinen Umständen preisgeben

Was ist der tiefere Grund für das Serien-Scheitern der politischen Klasse des Vereinigten Königreichs an der ihr vom Volk 2016 gestellten Aufgabe, den Austritt aus der EU zu vollziehen?

Die Antwort ist, dass ein vertraglich geregelter Brexit von Anfang an prozessual völlig unmöglich war. Die EU kann und wird die vier Grundfreiheiten des EU-Binnenmarktes, also den freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital unter keinen Umständen preisgeben. Denn dies wäre der Anfang vom Ende der Europäischen Union.

Diese Grundfreiheiten, vor allem die Personenfreizügigkeit, gehörten jedoch zu den Hauptgründen für die Austrittsentscheidung 2016. Damit aber sind substantielle Änderungen am vorliegenden Austrittsvertrag, wie sie Boris Johnson vorgeblich anstrebt, ausgeschlossen. Gleiches gilt für den „Backstop“, also die Klausel im Entwurf des Austrittsvertrags, der zufolge das Vereinigte Königreich weiterhin den Regeln der Zollunion und des EU-Binnenmarktes unterworfen bleibt, wenn London und Brüssel nicht bis zum 31. Dezember 2020 eine andere Lösung finden, die sicherstellt, dass die Grenze zwischen Irland und Nordirland nicht zur neuen EU-Außengrenze wird.

Boris Johnson hat für Brexit-Kurs keine Mehrheit

Vor allem am „Backstop“ ist May mit ihrem Vertrag mehrfach im Unterhaus gescheitert, weil damit das gesamte Vereinigte Königreich de facto weitgehend in der EU bleiben und der Brexit zur Farce würde. Doch eine andere Lösung für das irische Grenzproblem, das zum Ausbruch neuer Gewalt in Nordirland führen könnte, halten Experten **In Brüssel** und London für ausgeschlossen. Salopp gesagt: Ein bisschen Brexit ist so unmöglich wie ein bisschen schwanger oder ein bisschen Grenze.

Aufgrund dieser prozessualen Logik stehen die **Brüten** vor der ungemütlichen Alternative: Ein harter Brexit oder eben kein Brexit. Zur Erinnerung: Im Sommer 2016 stand lediglich zur Auswahl: „Mitglied der Europäischen Union bleiben“ oder „Die Europäische Union verlassen“. Es war damals völlig klar, dass mit „Verlassen“ ein vertraglich geregelter Austritt gemeint war. Für einen harten Brexit, den das Unterhaus dem Premier jetzt per Gesetz verboten hat, hätte es 2016 niemals eine Mehrheit gegeben.

Zu den zahlreichen Geburtsfehlern des Brexits gehört eben auch, dass es beim Referendum keine klare Definition gab, was konkret damit gemeint war und was eben nicht. Die Folge: Johnson hat für seinen Kurs nicht einmal in der eigenen Fraktion noch eine Mehrheit.

No-Brexit ist einzige Lösung

Bleibt also in Wahrheit nur der No-Brexit. Dafür braucht London nur seinen Austrittsantrag von 2017 nach Artikel 50 des EU-Vertrags zurückzunehmen. Nicht ohne Grund hat der Europäische Rat am 10. April 2019 die Regierung **In London** mit der Nase auf die Möglichkeit gestoßen, „ihr Austrittsgesuch zu jedem Zeitpunkt zurückzuziehen“. Und auch das Europäische Parlament hat ganz aktuell in einer mit großer Mehrheit angenommenen Resolution auf diesen verblüffend einfachen Ausweg aus der Brexit-Krise hingewiesen. Das ist die einzige Lösung, die London aus eigener Kraft, also souverän, bewerkstelligen kann.

Das Vereinigte Königreich wird nach meiner gefestigten Überzeugung über kurz oder lang diese Möglichkeit ergreifen, weil nur so der Crash eines harten Brexits mit schwerwiegenden Folgen für alle Beteiligten, vor allem aber für die britische Bevölkerung, verhindert werden kann und weil ein vertraglich geregelter Brexit sich als prozessual unmöglich erweisen wird. Bis dahin ist noch die eine oder andere Brexit-Fristverlängerung nicht auszuschließen. Doch eins ist klar: Jede Fristverlängerung verlängert die Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der EU mit allen dazugehörigen Rechten und Pflichten.

Harter Brexit einzige Alternative

In einem komplexen Entscheidungssystem wie der EU wird sich am Ende des Entscheidungsprozesses die Inhaltskompetenz der Prozesskompetenz unterordnen.

Übertragen auf den Brexit bedeutet dies: Das inhaltliche Wollen von zunächst Theresa May und jetzt Boris Johnson – also der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union – muss scheitern, da prozessual, wie aufgezeigt, kein Weg dorthin führt. Dieser schmerzhaft Spagat von Wollen und Können der Brexit-Befürworter führt zwangsläufig zur Rücknahme des Austrittsantrags.

Denn die einzige Alternative ist der harte Brexit, also der Chaos-Brexit. Das wird auch der aktuelle Bewohner von Downing Street Nr. 10 begreifen müssen – mag er sich nun Hulk oder Boris nennen. Verweigert er sich dieser prozessualen Logik, wird ein anderer seine Stelle einnehmen und das Notwendige tun.

Lassen wir uns gerade bei hochkomplexen Prozessen wie dem Brexit nicht von den flüchtigen Wellenbewegungen auf den Weiten der Ozeane täuschen, die sich aufgrund wechselnder Winde immerzu verändern. Für die Bestimmung des richtigen Kurses kommt es auf die Strömungen in der Tiefe der Weltmeere an.

https://www.focus.de/politik/experten/gastbeitrag-von-klemens-joos-brexit_id_11166202.html

Abgerufen am 23.09.2019

Expert sur l'UE stipule: pourquoi Boris-Brexit ne parviendra jamais

(Klemens Joos, expert de l'UE et intervenant à la LMU)

PREMIÈRE PUBLICATION DANS « FOCUS ONLINE » (22 septembre 2019)

Bien que Boris Johnson, qui dirige désormais le Royaume-Uni en tant que Premier ministre soit le plus grand „Brexitteer“ de tous, le Brexit semble fonctionner aussi mal que sous Theresa May. L'auteur invité par Focus-Online Dr. Klemens Joos, expert à l'université Ludwig-Maximilian de Munich, est convaincu qu'un Brexit réglé par un accord de sortie n'est pas possible.

Si quelqu'un se demande pourquoi le Royaume-Uni n'est toujours pas parvenu à accomplir le Brexit au bout de trois ans, il vaut la peine de jeter un regard sur son propre passeport. Sur la reliure bordeaux il est écrit en lettres dorées : « Union européenne » et c'est seulement après que l'on lit République fédérale de l'Allemagne. Non-pas tous les états membres ont ajouté l'inscription Union européenne, mais presque tous ont repris le passeport uniforme afin de renforcer l'esprit communautaire des citoyens européens.

Il vaut d'avantage la peine de jeter un regard sur le traité de Lisbonne de 2009 qui a entraîné un lien étroit des états membres, et que l'on peut à bon droit le considéré comme la naissance des « États-Unis d'Europe » postulées par Winston Churchill à Zurich en 1946.

Grâce à ce cadre contractuel, qui peut être considéré d'avoir le rang d'une constitution européenne, tous les états membres de l'UE sont entremêlés si profondément qu'aucun d'entre eux ne pourrait se permettre une rupture avec l'UE. Avec la ratification du traité une grande partie de la souveraineté des États membre a été transmise aux institutions de l'UE qui ont ainsi cédé des parts de leur pouvoir.

Le Brexit est quasiment impensable

Sur la base de cette analyse j'avais déjà établi ma thèse dans le Focus en novembre 2015 : « Selon le traité de l'UE, chaque État membre pourrait quitter l'UE. En pratique, ceci est impensable. »

D'ailleurs, cela était sept mois avant le referendum désastreux lors du 23 juin 2016 sur l'appartenance du Royaume-Uni à l'Union européenne. Le Premier ministre David Cameron l'avait annoncé trois ans auparavant, et seulement un jour après il annonça sa démission. Encore trois ans plus tard, après une longue série de négociations ratées entre Londres et Bruxelles, l'héritier de Cameron à Downing Street Nr. 10, Theresa May, a capitulé. Le Premier ministre en exercice Boris Johnson, qui se présente comme exécuter impitoyable du No-Deal-Brexit et accepte d'énormes dommages pour son pays, pourrait bientôt être la prochaine victime.

Avec sa stratégie violente, Johnson ne pourra point faire référence à Winston Churchill, qui a présenté sa vision d'une Europe unie à Zurich à un instant, où le continent était encore réduit en cendre de la seconde guerre mondiale.

L'UE n'abandonnera pas ses libertés fondamentales pour le Brexit

Pourquoi la classe politique du Royaume Uni échoue-t-elle à plusieurs reprises à la mission du peuple d'aboutir le retrait de l'UE?

La réponse est qu'un Brexit réglé par un accord était impossible au niveau procédural depuis le début. L'UE ne peut pas et ne va pas abandonner les quatre libertés fondamentales, soit la libre circulation des biens, des capitaux, des services et des personnes. Ceci serait le commencement de la fin de l'Union européenne.

Ces libertés fondamentales, et en particulier la libre circulation des personnes, font cependant partie des raisons principales pour la décision de 2016. Ainsi, des modifications substantielles de l'accord de retrait actuel, telles que Boris Johnson vise à atteindre, sont exclues. Il en va de même pour le « Backstop », la clause dans le projet de l'accord de retrait. Selon celle-ci, le Royaume Uni restera soumis aux règles de l'union douanière et du marché intérieur de l'UE, si Londres et Bruxelles ne trouvent pas d'autre solution jusqu'au 31 Décembre 2020 qui mette en sorte que la frontière entre l'Irlande et l'Irlande du Nord ne devienne pas une frontière extérieure.

Boris Johnson n'a pas de majorité pour sa stratégie de Brexit

May a échoué au « Backstop » à plusieurs reprises dans la Chambre des Communes avec son accord, car la plupart du Royaume Uni restera de fait dans l'UE et le Brexit deviendrait une farce. Néanmoins, les experts à Bruxelles et Londres excluent une autre solution au problème de la frontière irlandaise, qui pourrait engendrer des actes de violences. Pour dire les choses platement, un peu de Brexit est aussi impossible que d'être un peu enceinte ou d'avoir un peu de frontière.

A cause de cette logique procédurale, les britanniques se retrouvent face à un choix inconfortable : soit un Brexit dur, soit pas de Brexit du tout. Pour rappel, en été 2016 il n'y avait seulement le choix entre rester membre de l'UE ou en sortir. Un retrait à ce moment-là voulait clairement dire un retrait réglé par un accord. Un Brexit dur, qui a été interdit par la Chambre des Communes entre temps, n'aurait jamais remporté de majorité en 2016.

Un défaut du Brexit dès le début est d'ailleurs que le référendum n'a jamais clairement défini le terme « Brexit ». La conséquence est donc que Johnson n'a pas de majorité, pas même dans son propre groupe

Un No-Brexit est la seule solution viable

En vérité, seulement le No-Brexit ne reste. Pour cela, Londres n'a qu'à retirer sa demande de retrait de 2017 conformément à l'article 50 de traité de l'UE. Ce n'est pas sans raison que le Conseil européen a signalé à Londres le 10 avril 2019 que le gouvernement pourrait « retirer sa demande de retrait à chaque instant ». Et même le Parlement européen a récemment suggérer cette possibilité étonnamment simple dans une résolution approuvée par une large majorité. C'est la seule solution que Londres peut réaliser de sa propre force, de manière souveraine.

Je suis convaincu que le Royaume Uni saisira cette opportunité tôt ou tard, car ce n'est qu'ainsi qu'un Brexit dur avec des conséquences graves pour toutes les parties concernées, notamment le peuple britannique, peut être évité. Un Brexit réglé par un accord est impossible au niveau procédural. D'ici là, un délai du Brexit n'est pas exclu. Une chose est claire cependant chaque délai prolonge l'adhésion du Royaume Uni à l'UE, avec tous les droits et obligations qui en font partie.

Un Brexit dur est la seule alternative

Dans un système de décision complexe comme celui de l'UE, la compétence procédurale se soumettra à la compétence du sujet à la fin du processus de décision.

Projeter sur le Brexit cela signifie le suivant : le but conceptuel de Theresa May initialement et maintenant de Boris Johnson - donc le retrait du Royaume Uni de l'Union européenne – est condamné à l'échec, car, comme démontré, il n'y a aucun moyen d'y parvenir au niveau procédural. Cet écart douloureux des partisans du Brexit entre vouloir et pouvoir conduit inévitablement au retrait de la demande.

Car la seule alternative est un Brexit dur, et ainsi un Brexit chaotique. C'est ce que le résident actuel de Downing Street Nr. 10 devra comprendre tôt ou tard – bien qu'il se nomme Hulk ou Boris. En cas qu'il refuse de comprendre, quelqu'un d'autre prendra sa place et fera le nécessaire.

Surtout dans des procès complexe comme le Brexit, il est important que nous ne nous laissions pas tromper par des vagues fugitives dans l'infini de l'océan, qui changent constamment avec le vent. Après tout, la détermination du bon cap dépend des courants dans les profondeurs de la mer.